

VERTRAULICH

N o t i z

Palästinensische Drohungen

I. Bekanntlich haben palästinensische Organisationen in letzter Zeit verschiedentlich gegen die Schweiz Attentatsdrohungen ausgesprochen, um auf diese Weise die Freilassung der drei in Regensdorf inhaftierten Palästinenser zu veranlassen. In der Absicht, diesen Drohungen entgegenzuwirken, hat das Politische Departement bei den arabischen Regierungen die nachstehenden Schritte unternommen:

1. Am 23. Februar 1970, d.h. zwei Tage nach der Katastrophe von Würenlingen, sind die zwölf schweizerischen diplomatischen Vertretungen in den arabischen Ländern beauftragt worden, bei den jeweiligen Regierungen vorstellig zu werden, um diesen von der Erwartung des Bundesrates Kenntnis zu geben, "dass sie die im Ausland begangenen terroristischen Anschläge missbilligen und alles in ihrer Macht stehende tun, um ähnliche Akten zu verhindern".

Diese Demarchen sind ausgeführt worden. Einige der Gesprächspartner unserer Missionschefs haben dabei erklärt, dass ihre Regierungen in Drittländern begangene Terrorakte verurteilten; gleichzeitig wiesen sie jedoch darauf hin, dass sich die Mehrzahl der palästinensischen Widerstandsorganisationen der Kontrolle durch die arabischen Regierungen entzögen.

2. Am 27. Juli 1970, fünf Tage nach dem Attentat in Athen, hat das Politische Departement seine Botschafter in den arabischen Ländern beauftragt, die Gelegenheit der Bekanntgabe der kurz zuvor beschlossenen Milderung unserer Visumpraxis gegenüber den Arabern dazu zu benützen, die arabischen Regierungen erneut aufzufordern, "ihren ganzen Einfluss geltend zu machen,

damit Attentate wie sie sich am 18. Februar 1969 in Kloten und am 22. Juli 1970 in Athen ereignet hatten, sich nicht wiederholen können".

Auch diese Demarchen wurden ausgeführt, mit Ausnahme von Kuwait, wo umständehalber ein entsprechender Schritt erst in den aller-nächsten Tagen möglich sein wird.

II. Bezüglich der Beziehungen zwischen den arabischen Staaten und den Palästinensern ist folgendes zu bemerken:

1. Die Beziehungen zwischen den arabischen Regierungen und den palästinensischen Organisationen können im allgemeinen als ziemlich gespannt gelten, wenn auch von Fall zu Fall Differenzierungen möglich sind. Dabei ist es vor allem der für die Fedayin charakteristische revolutionäre Geist, der die arabischen Regierungen beunruhigt.

Während das Verhältnis der Palästinenser zu Aegypten, Jordanien und dem Libanon als schlecht, ja feindselig bezeichnet werden kann, unterhalten der Irak und Syrien mit den palästinensischen Organisationen offiziell gute Beziehungen, wobei diese wiederum Schwankungen unterworfen, sowie von Misstrauen und Hintergedanken begleitet sind. Demgegenüber scheinen die Beziehungen mit Algerien ausgezeichnet zu sein, wenn auch zweifelhaft ist, ob die Machthaber in Algier auf Yasser Arafat einen wirklichen Einfluss auszuüben vermögen. Was Saudiarabien und Kuwait anbelangt, so haben diese Staaten in erster Linie die Rolle des Geldgebers zu übernehmen; sie sind gleichsam das Opfer einer Art Erpressung von seiten der Revolutionäre.

Es scheint, dass die Feindschaft zwischen den Palästinensern einerseits, Aegypten und Jordanien andererseits noch im Zunehmen begriffen ist, seitdem die ersteren einen Waffenstillstand gegenüber Israel abgelehnt haben. Dabei wird ihnen die grösste Unterstützung vom Irak zuteil, dessen Regime allerdings als nicht sehr stabil gilt.

- 3 -

Bei alledem stellt die Hilfe, welche die Chinesen den palästinensischen Organisationen angedeihen lässt, nach wie vor eine Unbekannte dar. Es ist anzunehmen, dass deren Unterstützung eher der "Volksfront zur Befreiung Palästinas" (PFLP) und der "Demokratischen Volksfront zur Befreiung Palästinas" (PDFLP) als der "Al-Fatah" Arafats zugute kommt.

2. Yasser Arafat selbst hat bekanntlich terroristische Anschläge im Ausland und Flugzeugentführungen verurteilt, so dass angenommen werden darf, dass er für solche Akte nicht verantwortlich gemacht werden kann. Vielmehr dürften die PFLP und die PDFLP deren eigentliche Urheber sein. Druckversuche auf Arafat haben daher wenig Sinn, und dies nicht zuletzt darum, weil der Führer der "Al-Fatah" mit den beiden genannten Organisationen mehr oder weniger auf Kriegsfuss steht. Soweit das Politische Departement informiert ist, haben sich diese Organisationen bis jetzt jeglicher Einflussnahme durch die arabischen Regierungen zu entziehen vermocht. Jedenfalls scheinen sie durchaus selbständig und ohne Instruktionen zu handeln.

III. Nach Auffassung unserer Botschaft in Kairo wäre angesichts der palästinensischen Drohungen unserer Sache gedient, wenn die gegen die Klotener Attentäter hängigen Strafverfahren (Erledigung der kantonalen und eidgenössischen Kassationsbeschwerden) beschleunigt werden könnten.

Bern, den 28. August 1970